

Securitarismus in den USA : zur Gouvernementalität der Sicherheit

Autor(en): **Lemons, Katherine / Purtschert, Patricia / Winter, Yves**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 46

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651932>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Securitarismus in den USA

Zur Gouvernementalität der Sicherheit

Im Herbst 2003 sah es für eine kurze Zeit so aus, als würde die seit zweieinhalb Jahren allgegenwärtige Sicherheitsfrage in den USA etwas an Bedeutung verlieren.¹ Kurz vor dem Jahreswechsel aber gab der Vorsteher des Department of Homeland Security (DHS), Tom Ridge, bekannt, es bestehe die Gefahr von Terroranschlägen, welche die Attacken vom 11. September 2001 übertreffen könnten.² Al-Kaida plane erneut, Flugzeuge als Waffen zu verwenden und suche das Sicherheitsnetz der USA und anderer Länder kontinuierlich nach Lücken ab. Dies mache es nötig, den ‚Nationalen Bedrohungslevel‘, ein von Präsident Bush eingeführtes Stufensystem, welches das aktuelle Bedrohungsniveau mittels eines Farbcodes angibt, um eine Stufe zu erhöhen. Um die gegenwärtige Bedrohungslage zu meistern, so führte Ridge weiter aus, würde die Sicherheit an Flughäfen und anderen Orten massiv verstärkt und die BewohnerInnen des Landes im Gegenzug um Mithilfe gebeten. Sie sollten verdächtiges Gepäck, Fahrzeuge oder Aktivitäten melden und im Kreise der Familie ihre Notfallpläne aktualisieren. Ridge erklärte, diese privaten Anti-Terror-Massnahmen würden sich ebenso auszahlen wie die Vorbereitungen vor einem Hurrikan. Der Schutz vor terroristischen Attacken wird damit nicht nur zu einer Angelegenheit, welche im Familienkreise diskutiert und geplant werden soll; die Gefahr des Terrorismus wird naturalisiert, indem ihr die Unvorhersehbarkeit und nicht eliminierbare Wahrscheinlichkeit einer Naturkatastrophe zugeschrieben wird.

Mit der Ausrufung der Sicherheitsstufe ‚orange‘ und den damit einhergehenden Massnahmen war die Sicherheitsfrage über den Jahreswechsel erneut an der Tagesordnung, und sie betraf mit ihrem Fokus auf den Flugverkehr während dem Weihnachts- und Neujahrsrummel einen grossen Teil der Bevölkerung. Diejenigen Tage, welche von der Regierung, den Medien und der Verkaufsbranche kontinuierlich mit Familie, Privatheit, Heim und Geborgenheit assoziiert werden, standen mit einem Male im Schatten des Terrorismus, der alle festlichen Stuben in den USA unweigerlich zu verdunkeln schien.

Die Ereignisse um den Jahreswechsel illustrieren den Stellenwert, der das Thema der Sicherheit im amerikanischen Alltag zur Zeit einnimmt. Die komplexen Verbindungen von Schutzmassnahmen und Sicherheitsvorkehrungen mit Diskursen der terroristischen Bedrohung beschreiben wir im folgenden als *Securitarismus*. Mit diesem Konzept versuchen wir zu analysieren, wie ein militaristischer Begriff der Sicherheit durch die permanente Verknüpfung von Bedrohung, Angst und Schutz nicht nur aktuelle öffentliche Diskurse in den USA bestimmt, sondern in Form von Präventions- und Schutzmassnahmen in Schulen, Arbeitsplätzen und Familien auch den individuellen Alltag durchdringt.

Gouvernementalität und Sicherheit

Seit dem 11. September 2001 wird in den USA eine neue Sicherheitsarchitektur erstellt. Flughäfen, Untergrundbahnen, Strassen, Kanäle und Brücken sind mit neuen Überwachungssystemen ausgestattet worden. Die Armee nimmt Polizeiaufgaben wahr und überwacht Grenzen und Flughäfen (Healy 2003). An vielen Konzerten, Theatervorführungen oder politischen Veranstaltungen werden die BesucherInnen durch eine Sicherheitszone geschleust. Auf zahlreichen Schulhöfen sind Polizeipatrouillen in Einsatz gebracht worden. Die Bush-Administration forderte alle Schulen auf, ihre Gebäudesicherheit zu überprüfen und Notfalleвакуierungen zu erproben.³ Auf der Webseite der staatlichen Katastrophenstelle FEMA (Federal Emergency Management Agency) wird Kindern angeboten, ‚Disaster Action Kids‘ zu werden.⁴ Sie werden auf der Webseite von Herman, einer Einsiedler-Krabbe, willkommen geheissen. Herman erzählt seine Geschichte von der Suche eines sicheren und unverwundbaren Panzers, der ihn vor Gefahren abschirmen, vor Wind und Wetter bewahren und gegen Feuer schützen muss. Nach langem Hin und Her und vielen Versuchen findet Herman einen sicheren Krabbenpanzer. Kindern wird beigebracht, wie Herman ihr Heim vor Katastrophen zu schützen, ihre Haustiere in Notfallsituationen zu behandeln und sich einen Vorratskasten zusammenzustellen. FEMA rät ihnen auch, Katastrophenszenarien mit Spielzeugfahrzeugen durchzuspielen. Erwachsene werden gleichzeitig dazu angehalten, sich einen Notvorrat anzulegen, der nicht nur Wasser, Nahrungsmittel und Medizin, sondern auch Filtermasken, Plastikplachen und Klebband zum Abdichten von Fenster und Türen umfassen soll. Eine Broschüre des Department of Homeland Security mit der Aufschrift „Preparing Makes Sense. Get Ready Now“ – „Vorbereitungen sind sinnvoll. Bereiten Sie sich jetzt vor“ liegt in allen Postämtern auf. Sie enthält detaillierte Anleitungen zum Erstellen eines Familienkommunikationsplans sowie allgemeine Anweisungen für den Ernstfall, der mit ArbeitgeberInnen, LehrerInnen und NachbarInnen geplant und erprobt werden sollte. Andere Broschüren des DHS erklären den Unterschied zwischen biologischen, chemischen und nuklearen Bedrohungen und enthalten Verhaltensdirektive für jede dieser Eventualitäten.

Die Integration von solchen Sicherheitsmassnahmen in die alltägliche Routine ist Teil des Komplexes, den wir als *Securitarismus* bezeichnen: eine Logik der Sicherheit, die das ganze Gesellschaftsgebilde in den USA durchdringt und darauf angelegt ist, jeden Bereich des individuellen Lebens zu erreichen. Securitarismus meint dabei nicht ein zentralistisches, staatliches Herrschaftssystem, welches Dissens verunmöglicht und nur mittels Repression und Einschüchterung operiert. Vielmehr bezeichnet der Begriff eine Verknüpfung von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, Praktiken und Diskursen, mittels derer Individuen, die sich scheinbar freiwillig der Sicherheitslogik unterwerfen, sowohl als Sicherheitssubjekte hervorgebracht werden, als auch sich selbst als solche konstituieren. Dieses komplexe Bezugssystem lässt sich mit Michel Foucaults Konzept der *Gouverne-*

mentalität erfassen. Diese bezeichnet eine Verflechtung von Machtstrukturen und Regierungstechniken, die sich auf die Bevölkerung stützen in „einer durch die Sicherheitsdispositive kontrollierten Gesellschaft“ (2000, 66). Die spezifische Form von Macht, die dabei ausgeübt wird und die auf verschiedenen Niveaus operiert, hat den Schutz, die Organisation und die Wohlfahrt der Bevölkerung zum Zweck. Securitarismus kann somit als ein Unterbegriff der *Gouvernementalität* verstanden werden

Das ‚gouvernementale‘ Wesen des Securitarismus liegt in der Anpassung alltäglicher Praktiken, Routinen und Gewohnheiten an neue Sicherheitsvorkehrungen, woraus in kurzer Zeit ein neuer Sinn für ‚Sicherheit‘ und ein neues Verständnis davon entstehen konnte, was es heisst, ‚sicher‘ zu sein. Die neuen Sicherheitsprozeduren können aber nicht davon losgelöst werden, wie Menschen über Sicherheit denken und vor allem, welche *Gefühle* von Sicherheit sie damit verbinden. Die Präventionsmassnahmen gegen terroristische Anschläge bringen in der Bevölkerung bestimmte Vorstellungen und Empfindungen von Gefahr und Schutz hervor. Indem beispielsweise Kinder dazu aufgefordert werden, anhand einer imaginierten Terrorkatastrophe ihre Furcht vor dem Verlust von Familienangehörigen zu äussern, werden alltägliche Ängste mit der Vorstellung einer nationalen Bedrohung verknüpft.

Politik der Angst

Sicherheit und Angst werden oft als gegensätzliche Momente dargestellt; Angst entsteht aus Bedrohungen, gegen welche Sicherheitsmassnahmen getroffen werden, die wiederum die Angst vermindern sollen. Von einer securitaristischen Perspektive aus betrachtet, zeichnet sich die Beziehung zwischen Sicherheit und Angst allerdings anders ab: die Bedrohungen, die abgewehrt werden sollen, sind einerseits vage, abstrakt und fern. Die Sicherheitsmassnahmen andererseits sind spezifisch, konkret und hautnah; sie werden zum vertrauten Bestandteil des alltäglichen Lebens. Mit ihnen geht das Versprechen einher, die Verwundbarkeit der BürgerInnen zu eliminieren; ein Prozess aber, der gerade auf der Produktion verwundbarer Subjekte beruht. Foucault spricht diesbezüglich von der *Disziplinierung* der Körper (1975, 31). Dabei geht es um die Beschreibung einer Form von Macht, die sich auf den individuellen Körper ausübt und durch reguläre Übung und Routine gelehrsame und unterwürfige Körper „fabriziert“.

Disziplin ist ein Mechanismus der *Subjektformation*: die Machtbeziehungen, die subtil aber kontinuierlich auf den Körper einwirken, produzieren dabei bestimmte psychische Effekte (38).⁵ Indem den BewohnerInnen der USA durch Sicherheitspraktiken beigebracht wird, sich zu schützen, werden sie auch dazu gezwungen, sich und ihre Bekannten und Verwandten kontinuierlich als mögliche Opfer einer terroristischen Attacke vorzustellen. Diese *Politik der Angst* schreibt sich ständig wieder als Bedrohung in die Sicherheitssubjekte ein. Securitarismus kann demnach als ein *Ensemble* von Strategien verstanden werden, welche den Körper zum Angriffspunkt

nehmen und ein Bewusstsein für dessen Verletzlichkeit hervorbringen, das für politische Ziele genutzt werden kann. Die neuen Überwachungstechnologien entstehen nicht nur als Folge der Angst, sie garantieren auch deren kontinuierliche Reproduktion. Anstatt die Angst vor der Bedrohung zu reduzieren, bringt der Sicherheitsapparat diese Angst – und damit auch seine eigene Legitimierung – ständig neu hervor.

Bevölkerungsschutz ist kein neues Thema der Politik. Gemäss Foucault machen Sicherheit, Wohlfahrt und Gesundheit der Bevölkerung den spezifischen Zweck des gouvernementalen Staates aus (Foucault 2000, 61). In der securitaristischen Ära lässt sich nun eine Verschiebung dieses Sicherheits- und Wohlfahrtsbegriffs feststellen: eine Militarisierung und Aneignung des Bevölkerungsschutzes durch das Verteidigungsetablisement. Zu einem Zeitpunkt, an dem Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verlieren, öffentliche Schulen mit massiven Sparprogrammen konfrontiert werden, einige amerikanische Gliedstaaten die Gesundheitsvorsorge für Arme und Unterstützungsprogramme für alleinerziehende Mütter eliminieren, stellt Sicherheit für viele BewohnerInnen der USA zweifellos ein zentrales Thema dar. Die Sicherheitsfrage, welche sich aufgrund dieser Entwicklungen stellt, betrifft den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheits- und Altersvorsorge, Bildung und Sozialfürsorge. In der Logik des Securitarismus wird die Sicherheit jedoch zu einem militärischen Konzept, welches allein den Schutz und die Verteidigung gegen bewaffnete terroristische Angriffe beinhaltet. Damit einher geht eine militarisierte Konzeption der Gesundheit und des Wohlstands der Bevölkerung. Volksgesundheit misst sich demnach in der Widerstandsfähigkeit gegen terroristische Attacken; das Immunsystem und die Hygiene werden zu Metaphern der Verteidigungsbereitschaft, das Pentagon zum Arzt und Therapeuten, das DHS zur Prophylaxeinstanz und der Feind zum bakteriellen oder viralen Eindringling.⁶ Dies ist bei weitem nicht nur ein Produkt der neokonservativen Kräfte der Bush-Administration. Sowohl die demokratische Partei wie auch die Gewerkschaften wirken an dieser Militarisierung der Sicherheit mit. Auch im Falle eines Wahlsiegs des demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry im November dieses Jahres ist keine radikale Veränderung dieser neuen Sicherheitspolitik zu erwarten.⁷

Ein Aspekt der aktuellen Sicherheitspolitik ist die Ausweitung der politischen Verantwortung für den Bevölkerungsschutz auf die Zivilbevölkerung. Zwar ist der Einsatz der Bevölkerung in der Landesverteidigung nicht neu. Der militante Antikommunismus während der sogenannten ‚Red Scare‘ und die Internierung von JapanerInnen und AmerikanerInnen japanischer Abstammung während des Zweiten Weltkrieges sind zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, bei denen die Kollaboration der amerikanischen Bevölkerung eine grosse Rolle gespielt hat. Die Neuartigkeit dieses Sicherheitsapparats besteht nicht im Gewicht, das er der Bevölkerungsbeteiligung beimisst, sondern in der spezifischen Konstellation von institutionellen Mechanismen, überwachten Bevölkerungsgruppen und politischen Zielen, die im Namen eines ‚Kriegs gegen den Terrorismus‘

legitimiert werden (Troyer 2003). Dabei kommt dem Appell an die Selbstverantwortung ein besonderes Gewicht zu. Sowohl Kindern als auch Erwachsenen wird von Institutionen wie der FEMA nahegelegt, dass verantwortliche BürgerInnen ihren Ratschlägen folgen und die täglichen Routinen mit der nötigen Wachsamkeit vollziehen. Indem der Schutz vor der terroristischen Bedrohung Bürgerpflicht wird, schlägt sich hier eine neue Maxime der staatsbürgerlichen Verantwortung nieder, die ein charakteristisches Moment der Gouvernamentalität darstellt. Der gouvernementale Staat regiert, indem er den BürgerInnen beibringt, sich und ihre Familien zu regieren (Foucault 2000, 48f.).

Im securitaristischen Regime bedeutet dies, dass der Sicherheitsstaat die Verantwortung für öffentliche Sicherheit übernimmt, indem er sie vervielfacht, aufteilt, abgibt und synchronisiert. Er schützt die Bevölkerung und bindet sie in eine securitaristische Ordnung ein, indem er an seine Bürger appelliert, ihre Familien und sich selbst auf die terroristische Gefahr vorzubereiten. So wird die Bevölkerung dazu angehalten, klassische Polizeiaufgaben zu übernehmen und an der Reproduktion des Sicherheitsapparates mitzuarbeiten. Die neuen *Sicherheitsnormen*, die dabei zur Anwendung kommen, fordern nicht nur Folgsamkeit und die gefügte Einordnung in die securitaristische Choreographie, sondern eine aktive Wachsamkeit, mit der das Augenmerk ständig auf Aussergewöhnliches und Abweichendes gerichtet werden kann.⁸

Diskursive Logik der Substitution

Ein bedeutsamer Teil der diskursiven Logik des Anti-Terrorismus ist der strategische Umgang mit Ungewissheit und Unsicherheit: Fehlende Hinweise auf die Art und das Ausmass eines möglichen terroristischen Aktes machen es scheinbar nötig, sich permanent das Schlimmste vorzustellen. Die amerikanischen Medien warten täglich mit Katastrophenszenarien auf, die nicht nur in Nachrichtensendungen verbreitet, sondern auch in Fernsehserien und Spielfilmen in Szene gesetzt werden. Durch die Erzeugung möglicher Katastrophenszenen wird ein Angstpotential freigesetzt, das auf der kontinuierlichen Imagination der Gefahr beruht. Aus diesem imaginären Status der Bedrohung folgt nicht, dass die Gefahr eines terroristischen Anschlags nicht real sein kann. Aber die Möglichkeit einer Bedrohung ist immer schon diskursiv vermittelt; sie muss immer vorgestellt, konzipiert und veranschaulicht werden.

Im amerikanischen Sicherheitsdiskurs hat die *imaginäre* Bedrohung des Terrorismus ein spezifisches Gesicht. Obwohl die Überwachungsdispositive offiziell nicht auf sogenanntem *racial profiling* basieren, ist es unverkennbar, dass der Phantomfeind ein Profil hat: er ist jung, männlich, arabischer Abstammung und muslimischen Glaubens.⁹ Einige Wochen nach dem Anschlag auf das World Trade Center titelte das *Wall Street Journal*: „Under the Circumstances, We Must Be Wary of Young Arab Men“ – „Unter diesen Umständen müssen wir uns vor jungen arabischen Männern vorsehen“.¹⁰

Indem die Gesichter von Männern aus dem Nahen Osten metonymisch unter das Gesicht Osama bin Ladens subsumiert wurden, begann ein Bild des Bösen zu entstehen, welches sowohl die offizielle als auch die inoffizielle Überwachung von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu rechtfertigen schien. Auch die Assoziierung Osama bin Ladens mit Saddam Hussein folgte einer solchen Metonymie des Bösen. Sowohl vor dem offiziellen Beginn des Krieges im März 2003 wie auch danach rückte die Rhetorik der Bush-Administration den Irak immer wieder in die unmittelbare Nähe der terroristischen Gefahr. Obwohl der Öffentlichkeit niemals Beweise für die Zusammenarbeit des sekulären Baath-Regime mit der islamistischen al-Kaida präsentiert wurde, ging der Plan der Bush-Administration auf: gemäss einer Studie der New York Times und des Fernsehsenders CBS machten kurz vor Kriegsbeginn 42 Prozent der amerikanischen Bevölkerung Saddam Hussein direkt für den Anschlag vom 11. September 2001 verantwortlich. Gleichzeitig fand eine Befragung des Medienkonzerns ABC, dass 55 Prozent der AmerikanerInnen überzeugt sind, Saddam Hussein unterstütze al-Kaida. Die hohe Zustimmung der US Bevölkerung zum Irak-Krieg beruhte mindestens teilweise auf einer Logik der Substitution, gemäss welcher Osama bin Laden und Saddam Hussein zu gegenseitig austauschbaren Figuren des Bösen wurden.

Mit der Erzeugung dieser Austauschbarkeit von bin Laden und Hussein geht die Produktion des Diskurses 'Naher Osten' als Raum einher, der den Terrorismus hervorbringt und in den Westen exportiert. Was gemeinhin als Naher Osten bezeichnet wird, umfasst jedoch eine multikulturelle Region mit ungefähr einer Milliarde EinwohnerInnen, welche sich vom nordwestlichen Rand Afrikas bis nach Südasien erstreckt. Obwohl von Muslimen, Christen, Juden, Anhängern verschiedener religiöser Gruppierungen und Atheisten bewohnt, wird dieses Gebiet oft als ‚muslimische Welt‘ bezeichnet. Die metonymische Vertauschung, durch welche ein Araber automatisch zum Muslim und dadurch potentiell zum Fundamentalisten und Terroristen wird, ist untrennbar von den hegemonialen Beziehungen des ‚Westens‘ zum ‚Nahen Osten‘, die Edward Said (1995) als ‚Orientalismus‘ bezeichnet. Damit werden jene Machtkonstellationen beschrieben, gemäss welchen der ‚Nahe Osten‘ von einem westlichen Standpunkt aus als exotisches Objekt der Wissenschaft, der Imagination und des Begehrens hervorgebracht wird. In ‚orientalistischen Diskursen‘ erscheint der Islam oft als archaisch, patriarchal und traditionalistisch und die BewohnerInnen des Nahen Ostens als fremd und exotisch. Der arabische Andere wird, wie Judith Butler festhält „als radikal ‚ausserhalb‘ der universellen Strukturen der Vernunft und Demokratie begriffen, womit er gleichsam selbst dazu auf[ruff], wieder zur Vernunft gebracht zu werden.“ (Butler 1994, 37ff.)

Die Substitution der muslimischen Bevölkerung in den USA durch diejenige des Nahen Ostens macht es möglich, den Nahen Osten nicht nur als Gefahr von *aussen*, sondern auch als Gefahr von *innen* darzustellen: „Die Reduktionen, welche Begriffe wie Fundamentalismus ermöglichen, erlauben es der U.S.-Öffentlichkeit zur Zeit, diejenigen, welche New York

und Washington attackiert haben, mit dem Taliban Regime in Afghanistan, mit islamischen Schulen, welche eine strikte Interpretation des Islams vermitteln, mit muslimischen Predigern, welche die USA für ihre liberale Sozialmoral kritisieren und mit der arabischen Familie in Detroit gleichzusetzen, deren zwei Töchter Kopftücher tragen.“ (Hirschkind und Mahmood 2002, 348f.) Indem verschiedene Akteure und Institutionen unter das Gesicht eines globalen Fundamentalismus subsumiert werden, der mehr und mehr mit dem islamistischen Terrorismus gleichgesetzt wird, werden sie, so folgern Charles Hirschkind und Saba Mahmood, auch zu scheinbar legitimen Zielen geheimdienstlicher Untersuchungen und militärischer Angriffe.

Die nahöstliche und muslimische Bevölkerung, welche in den USA lange nicht wahrgenommen wurde, steht nun plötzlich im Rampenlicht der medialen Aufmerksamkeit. Ihre öffentliche Wahrnehmung beruht aber nicht auf einer positiven Form der Anerkennung, sondern ist weitgehend Folge kollektiver Verdächtigungen. Derartige Sicherheitsdiskurse, welche die Vorstellung des Untäters anhand einer rassistischen Physiognomie entwerfen, sind nicht ohne Vorgeschichte. Die in den USA wohl effektivste und älteste Inszenierung einer solchen personifizierten Gefahr ist die Vorstellung des schwarzen Mannes als Gewalttäter. Dies führt dazu, dass Verbrechen primär mit schwarzen Tätern assoziiert werden und dass sich schwarze Männer in den USA einem generellen Verdacht ausgesetzt sehen. In eine solche Position der *sichtbaren Unsichtbarkeit* wird nun vermehrt auch die nahöstliche Bevölkerung in den USA gerückt. Die neue Wahrnehmung von Arabern und Muslimen geht paradoxerweise mit ihrer Unsichtbarkeit als Individuen einher, als Personen mit einem Gesicht, welches nicht dasjenige von bin Laden, und einer Geschichte, welche nicht diejenige von Hussein ist.¹¹

Securitaristische Rassismen

Diese verschiedenen Rassismen stehen nicht ausserhalb der securitaristischen Ordnung; sie sind konstitutiver Teil der Gouvernementalität der Sicherheit und funktionieren da als Sicherheitsdispositive. Indem Rassismen hierarchische Grenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungen setzen und reproduzieren, schaffen sie diskursive Bedingungen für den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem beschützten und privilegierten inneren Raum (Foucault 1997, 227). Das bedeutet aber nicht, dass Rassismen überall gleichermassen ansetzen. Tatsächlich ist ihre Funktion als Teil der gouvernementalen Sicherheitsordnung differenziert und heterogen. Das zeigt sich vor allem, wenn untersucht wird, wie Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise als ‚fremd‘ konstituiert werden. Obwohl nahöstliche Frauen in den USA seit dem September 2001 ebenfalls vermehrt rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, sind sie in der medialen Darstellung weitgehend unsichtbar. Dieser Ausschluss trägt dazu bei, dass die maskulinisierte ‚arabische‘ Bevölkerung in der Arena der Männlichkeit, in

welcher militärische Konfrontationen traditionellerweise inszeniert werden, als Bedrohung erscheinen.¹²

Die Frauen hingegen, die aus dem Bild der arabischen und muslimischen Bevölkerung in den USA verschwinden, tauchen als Gesichter der unterdrückten Opfer im Nahen Osten wieder auf. Somit wird die militaristische Politik der USA nicht zuletzt dadurch gerechtfertigt, dass muslimische Männer angeblich ‚ihre eigenen Frauen‘ unterdrücken. Bilder von verschleierten Frauen im Irak und in Afghanistan sowie von Kindern und älteren Menschen schreiben die Zivilbevölkerung in einer feminisierten Opferrolle fest. Die Medienporträts dieser Frauen werden zu stillen Appellen an das Mitgefühl des Westens; sie fordern Schutz und Befreiung vom männlichen Joch des patriarchalen Ostens. Den Frauen, still und duldsam hinter ihren Schleiern verborgen, wird damit ein spezifischer Legitimationswert zugeschrieben; „der Gebrauch, der Konsum, die Zirkulation ihrer sexuell markierten Körper“ (Irigaray 1977, 81) konstituiert eine emotionale Ökonomie, welche sich als Bedingung des ‚Befreiungskrieges‘ erweist. Eine solche Darstellung muslimischer Frauen stellt sicher, dass sich der westliche Blick hinter dem Schleier nur Hoffnungslosigkeit und Unterdrückung vorstellen kann (Hirschkind und Mahmood 2002, 352). Die Reduktion der muslimischen Bevölkerung auf wehrlose Frauen und kriegerische Männer ermöglichte es den Medien in den USA, den Krieg in Irak und Afghanistan als demokratischen Akt der Befreiung darzustellen. Darin ist immer die implizierte Unterstellung am Werk, dass die USA – als Modell für den ‚Westen‘ – eine anti-patriarchale Gesellschaft sei, in der die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreicht ist.

Das ‚westliche‘ Selbstverständnis als freiheitlicher, offener und demokratischer gesellschaftlicher Raum ist damit von grundlegender Bedeutung für die securitaristische Politik der USA. Die Nation, welche als Hort der Freiheit auftritt, wird aber zugleich von einem Sicherheitsdispositiv reguliert, das die Angst vor dem Verlust dieser Freiheit beständig hervorbringt und mit neuen, geschlechterspezifischen Formen des Rassismus operiert.

Anmerkungen

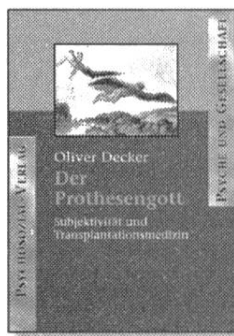
- 1 Dieser Artikel ist die stark überarbeitete Fassung eines Textes, der im Dezember 2003 im Online-Magazin *Alternet* erschienen ist.
- 2 „Threat Level Raised. Remarks by Secretary of Homeland Security Tom Ridge“. Veröffentlicht vom Pressebüro des Weissen Hauses am 21. Dezember 2003. Das Department of Homeland Security ist ein neues amerikanisches Inlandsicherheitsministerium, welches 22 bisherige Verwaltungsabteilungen vereint und insgesamt 180'000 Beamte beschäftigt. Zweck des Departements ist gemäss offizieller Webseite die Wahrung der inneren Sicherheit und der Schutz gegen terroristische Attacken (<http://www.ready.gov>). Die letzten Terrorwarnungen von Justizminister Ashcroft und FBI-Direktor Mueller am 26. Mai 2004 wurden vom Heimatschutzminister Ridge in mehreren Fernsehauftritten begleitet.

- 3 „Threats and Responses: Protecting Institutions“. In: New York Times, 6. März 2003.
- 4 <http://www.fema.gov>
- 5 Die Machtform der Disziplin ist ein integraler Teil der foucaultschen Gouvernementalitätsanalytik: „die Disziplin war niemals wichtiger und wurde niemals höher bewertet als von dem Zeitpunkt an, da man versuchte, die Bevölkerung zu führen.“ (Foucault 2000, 63).
- 6 So wurde etwa dem ‚National Institut of Allergy and Infectious Diseases‘ (NIAID) in Washington im vergangenen Jahre eine Summe von 1,6 Milliarden Dollar für das Projekt ‚Bioshield‘, das sich der Erforschung des ‚Bioterrorismus‘ widmen soll, zugesprochen. vgl. Keller, Christoph: Doktor der Nation. In: Das Magazin, Nr. 35/2003.
- 7 Exemplarisch hierzu ist die gegenwärtige Kritik der Demokratischen Partei an der Irakpolitik der Bush-Administration. Sie wirft dieser vor, der Irakkrieg habe die terroristische Bedrohung gegen die USA erhöht und dazu geführt, dass Ressourcen von der eigentlichen Front des Kriegs gegen den Terrorismus abgezweigt werden. Stattdessen sollte sich die Regierung auf die innere Bedrohung und auf den Krieg gegen al-Kaida in den USA konzentrieren. Eine solche Zielsetzung verfehlt es allerdings völlig, Securitarismus als eine strategische Bedingung der imperialistischen US-Außenpolitik zu begreifen.
- 8 Im Unterschied zu Frank Niess geht es uns hier nicht darum, eine ‚Wiederkehr‘ des McCarthyismus zu beschreiben, sondern Securitarismus als neuartiges Phänomen zu erfassen (vgl. Niess 2004).
- 9 Eine Genealogie des arabischen und muslimischen Feindbildes müsste zweifellos in den 70er Jahren bei der Repräsentation des Ölschocks, der iranischen Revolution und den palästinensischen Flugzeugentführungen ansetzen. Zur Funktion des Feindbildes in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik vgl. Rogin (1987) und Campbell (1998).
- 10 Wall Street Journal, 19. Oktober 2001.
- 11 Mit der Repräsentation des Islams als bedrohlich und essentiell unamerikanisch wird nicht zuletzt auch ein bedeutsamer Aspekt der amerikanischen Geschichte ausgelöscht, in welcher der Islam seit langem präsent ist. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch in Westeuropa feststellen, wo der Islam in zunehmendem Masse als fremd und bedrohlich dargestellt wird.
- 12 Zum Bezug zwischen Maskulinität, Macht und Staat vgl. Brown (1995), Kap. 7.

Literatur

- Brown, Wendy, 1995: States of Injury. Princeton
- Butler, Judith, 1994: Kontingente Grundlagen. In: Der Streit um Differenz. Seyla Benhabib. Frankfurt a.M.
- Campbell, David, 1998: Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity. Minneapolis
- Foucault, Michel, 1975: Surveiller et punir. Naissance de la prison. Paris
- Foucault, Michel, 1997: Il faut défendre la société. Cours au Collège de France. 1976. Paris
- Foucault, Michel, 2000: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.
- Healy, Gene, 2003: Deployed in the U.S.A. The Creeping Militarization of the Home Front. In: Policy Analysis, Nr. 503

- Hirschkind, Charles und Saba Mahmood, 2002: *Feminism, the Taliban, and Politics of Counter-Insurgency*. In: *Anthropological Quarterly*, Nr. 75(2)
- Irigaray, Luce, 1977: *Ce sexe qui n'en est pas un*. Paris
- Niess, Frank, 2004: *McCarthys Wiederkehr. Bekenntniszwang und Überwachung in den USA*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2, Bonn
- Rogin, Michael Paul, 1987: *Ronald Reagan, the Movie and Other Episodes in Political Demonology*. Berkeley
- Said, Edward W., 1995: *Orientalism*. London
- Troyer, Lon, 2003: *Counterterrorism. Sovereignty, Law, Subjectivity*. In: *Critical Asian Studies*, Nr. 35(2)



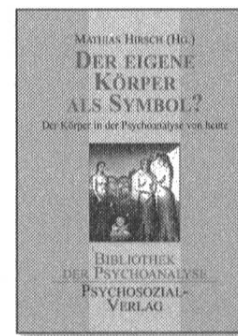
2004 · 252 Seiten
 EUR 32,00 Sfr 55,60
 ISBN 3-89806-310-0

Am Beispiel der Transplantationsmedizin untersucht Oliver Decker die Wirkung der medizinisch-technischen Entwicklung, die in ihrer doppelten Bewegung Lebenserhaltung und Beschädigung des Subjekts zu einer problematischen Synthese vereint.



2002 · 236 Seiten
 EUR 19,90 Sfr 34,90
 ISBN 3-89806-133-7

Wie verändern Globalisierungsprozesse die privaten Beziehungen der Menschen? Intime Beziehungen wie Partnerschaften, Freundschaften, Familien- oder Liebesbeziehungen erhalten durch die kulturellen, ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen unserer Zeit nicht nur einen äußerlichen Rahmen.



2002 · 281 Seiten
 EUR 36,00 Sfr 62,00
 ISBN 3-89806-138-8

Die Bedeutung des Körpers als Symbol wird innerhalb verschiedener Bereiche der Psychopathologie untersucht, in denen dieser unbewältigte psychische Konflikte und Defizite, aber auch Traumafolgen und deren Abwehr mehr oder weniger symbolisch ausdrückt.



Psychosozial-Verlag · Goethestr. 29 · 35390 Gießen
 Telefon: 06 41 / 7 78 19 · Fax: 7 77 42

e-mail: info@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de